

Distanzierung zur Notstandsgesetzgebung von 1968

KURZ: Notstandsbegriff neu verstehen und argumentieren. Eine Assoziation ist sprachlich möglich, aber stimmt inhaltlich ausdrücklich nicht mit unseren Zielen und Überzeugungen überein.

Unsere Forderung nach der Ausrufung eines sozial-ökologischen Notstands kann zwar sprachlich mit der Notstandsgesetzgebung aus dem Jahr 1968 verknüpft werden, allerdings möchten wir uns inhaltlich deutlich davon distanzieren. In der kontrovers geführten Debatte um die Notstandsgesetzgebung 1968 kamen insbesondere folgende Kritikpunkte auf: Die Aushöhlung der Grundrechte, eine befürchtete Militarisierung der Gesellschaft (Bundeswehreinsetzung im Inneren und Äußeren, verschärfte Polizeigesetzgebung) sowie das Erinnern an „Weimarer Verhältnisse“, in denen am Parlament vorbei regiert wurde.¹

All diese Kritikpunkte weisen wir von der Transformationsuni 2.0 entschieden von uns. Grundrechte werden von uns keinesfalls infrage gestellt. Demokratische Prozesse sollen ausdrücklich unterstützt und gefördert werden.

Wir fordern die Ausrufung eines sozial-ökologischen Notstandes und damit die Anerkennung der globalen Krisen im gesellschaftlichen und ökologischen Bereich. Diese Krisen müssen durch die Universität anerkannt, problematisiert, öffentlich kommuniziert und gezielt bearbeitet werden. Gerade weil wir unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung und eine friedensbewahrende Gesellschaft erhalten wollen, setzen wir uns mit unseren Forderungen für eine lebenswerte und menschenwürdige Zukunft ein. Diese ist durch multiple, globale Krisen akut bedroht!

Wir verwenden den Begriff des sozial-ökologischen Notstandes abgeleitet vom Begriff des Klimanotstandes (aus dem englischen *Climate Emergency*) in sprachlicher Assoziation zur internationalen wissenschaftlichen Debatte um die Klimakrise.² Wir schließen uns mit der Verwendung des Begriffs über siebzig Kommunen an, die den Klimanotstand bereits in den vergangenen Jahren in Deutschland ausgerufen haben.³

Den Notstandsbegriff verwenden wir äquivalent zu den Begriffen Katastrophe, Notfall oder Notlage.

Die Menschheit befindet sich laut dem IPCC Bericht (2022) in einer akuten Notsituation. Aufgrund von bereits grassierenden und zukünftigen Hungersnöten, bewaffneten Konflikten und Verteilungskämpfen sowie massenhaften Fluchtbewegungen, aufgrund von sich konstant verschlechternden Lebensbedingungen durch die Folgen des Klimawandels insbesondere im globalen Süden⁴, müssen wir jetzt handeln.

¹ Bundeszentrale für politische Bildung

<https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/269874/notstandsgesetze-testfall-fuer-die-demokratie/>

² Helmholtz Climate Initiative

https://www.helmholtz-klima.de/sites/default/files/medien/dokumente/Case-Study-I_Klimanotstand_Hintergrundpapier_2021_06_23.pdf

³ Helmholtz Klima Initiative

<https://www.helmholtz-klima.de/aktuelles/was-ein-klimanotstand-fuer-kommunen-bedeutet>

⁴ Intergovernmental Panel On Climate Change (IPCC)

<https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg2/resources/spm-headline-statements/>